

**Leonore Gewessler, BA**  
Bundesministerin

An den  
Präsident des Nationalrates  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Parlament  
1017 Wien

leonore.gewessler@bmk.gv.at  
+43 1 711 62-658000  
Radetzkystraße 2, 1030 Wien  
Österreich

Geschäftszahl: 2023-0.829.532

. Jänner 2024

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Kaniak und weitere Abgeordnete haben am 17. November 2023 unter der **Nr. 16885/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Halteerlaubnis für Rettungsdienste ohne Blaulicht gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 3:

- *Warum wird diese Ausnahmeregelung nicht unmittelbar getroffen?*
- *Welche Hinderungsgründe liegen dem BMK vor, diese Ausnahmeregelung unmittelbar zu treffen?*
- *Wozu wird bis zur nächsten StVO-Novelle zugewartet?*

Es ist geplant, eine entsprechende Regelung als Teil der nächsten StVO-Novelle im Rahmen eines Begutachtungsverfahrens zur Diskussion zu stellen und in weiterer Folge einer parlamentarischen Behandlung zuzuführen.

Zu den Frage 4 und 5:

- *Wann soll diese kommen?*
- *Ist noch in dieser Gesetzgebungsperiode eine StVO-Novelle geplant?*
  - a. *Wenn ja, wann und mit welchem Inhalt?*
  - b. *Wenn nein, warum wird das dann wie oben erwähnt so dargestellt?*

Es liegt bereits ein Entwurf einer StVO-Novelle vor, der derzeit noch einer Vorabstimmung unterliegt, sodass auf nähere Inhalte noch nicht eingegangen werden kann.

Zu den Frage 6 und 7:

- *Unterstützen Sie eine Ausnahmeregelung hinsichtlich des Haltens und Parkens von Einsatzfahrzeugen ohne Blaulicht?*
  - a. *Wenn nein, warum nicht?*
  - b. *Wenn ja, mit welcher Begründung?*
  - c. *Wenn ja, welche Maßnahmen wollen Sie dementsprechend setzen?*
- *Sofern Sie keine Maßnahmen setzen, warum erklären Sie dann, es handle sich um ein „unterstützenswertes Anliegen“?*

Eine Ausnahmeregelung hinsichtlich des Haltens und Parkens für Fahrzeuge des Rettungsdienstes wird auch dann für sinnvoll erachtet, wenn zwar keine Einsatzfahrt vorliegt, es für die ordnungsgemäße Ausübung des Dienstes jedoch erforderlich ist. Für eine rechtliche Umsetzung ist eine Änderung der entsprechenden gesetzlichen Regelung vorzunehmen.

Leonore Gewessler, BA

